

Tag der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

Resolution zum 9. November 2024

Der 9. November ist ein besonderes Datum in der deutschen Geschichte: Vor 35 Jahren am 9. November 1989 wurde die Mauer zu Fall gebracht – ein Freudentag im Leben der Menschen im geteilten Deutschland und weit darüber hinaus. Im Gegensatz dazu steht der 9. November 1938, der mit der „Reichspogromnacht“ auch ein Tag der Schande und Mahnung bleibt.

Beide Ereignisse haben gezeigt, dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht selbstverständlich sind. Auch heute müssen sie immer wieder aufs Neue erkämpft, verteidigt und durchgesetzt werden. Dem sehen wir uns verpflichtet, dafür stehen wir gemeinsam ein.

Wir wollen dem ganzen Land zeigen, dass jüdisches Leben unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unverhandelbare Grundlage für das Zusammenleben in Deutschland. Antisemitismus und denjenigen, die unsere Demokratie untergraben wollen, treten wir entschlossen entgegen.

Friedliche Revolution – Fall der Mauer

In tiefer Dankbarkeit schauen wir noch immer auf den Herbst 1989 - die friedliche Revolution und den Fall der Mauer. Den mutigen Menschen in der DDR gelang nach 40 Jahren Diktatur und Trennung etwas Außerordentliches: Ein revolutionärer Umbruch ohne Krieg und Gewalt. Das unstillbare Bedürfnis nach Freiheit und Frieden brachte die Mauer zum Einsturz. Unvergessen sind die Bilder der jubelnden Frauen und Männer auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor. Einer der

glücklichsten Tage Deutschlands.

Es war auch ein Glücksfall der Geschichte, dass mit Helmut Kohl ein Bundeskanzler an der Spitze der Bundesrepublik stand, der den Mut und den Willen zur Deutschen Einheit und Europäischen Einigung hatte.

Die friedliche Revolution und der Fall der Mauer zeigten uns, was jede und jeder Einzelne mit seinem Engagement leisten kann. Sie machen zukünftigen Generationen Mut, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten.

Gerade jetzt, wo radikale und extreme politische Kräfte am rechten und linken Rand versuchen, unser freiheitlich-demokratisches System zu unterlaufen und seine Autorität und Glaubwürdigkeit zu zerstören, braucht es überzeugte Demokratinnen und Demokraten und starke, wehrhafte Institutionen. Koalitionen, Kooperationen und Verabredungen oder ein gezieltes Zusammenwirken mit extremistischen Parteien kommen für uns deshalb nicht in Frage.

Die Deutsche Einheit brachte auch in der Frauen- und Familienpolitik einen neuen Schub. **Der Einigungsvertrag verpflichtete den Gesetzgeber, die Gleichberechtigung von Mann und Frau weiter auszubauen.**

Nach der Wiedervereinigung war es in erster Linie einem fraktionsübergreifenden Frauenbündnis zu verdanken, dass Artikel 3 Grundgesetz durch die Ergänzung in Absatz 2 Satz 2: „Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ auf die Höhe der Zeit gebracht wurde. Diese Grundgesetzänderung trat vor 30 Jahren am 15. November 1994 in Kraft.

Artikel 3 Grundgesetz ist ebenso ein Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie. Denn niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung oder Religion diskriminiert werden. Frauenfeindlichkeit, die systematische politische Ablehnung von Emanzipation und Gleichberechtigung sowie Antisemitismus und Rassismus beschwören

diejenigen, die unsere Demokratie untergraben und vernichten wollen.

Jüdisches Leben in Deutschland schützen - Schärfere Vorgehen gegen Antisemitismus in Deutschland

9. November 1938 in Deutschland - 7. Oktober 2023 in Israel: 85 Jahre liegen zwischen den entwürdigenden systematischen Gewaltaktionen des NS-Regimes und dem gezielten, menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas auf Jüdinnen und Juden.

1938 war es ein weiterer grausamer Akt der Radikalisierung der Judenverfolgung in Deutschland, die im Holocaust endete, der Überfall der Hamas vor einem Jahr das schlimmste Pogrom an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust.

Unsere Lehre daraus heißt: „Nie wieder!“. Das ist unsere Verantwortung. Deshalb dürfen wir gerade jetzt nicht wegsehen oder schweigen. Das gilt für jede und jeden Einzelnen genauso wie für Organisationen und staatliche Einrichtungen.

Das Leben für Jüdinnen und Juden in Deutschland hat sich verändert. Die Hemmschwelle zwischen Worten des Hasses und Taten ist schon seit längerem gesunken. Vermehrt und immer wieder müssen jüdische Menschen bittere Erfahrungen machen: Haustüren von jüdischen Familien, die markiert werden, Kinder, die nicht mehr angstfrei in Kindergärten und Schulen gehen können, offen antisemitische Demonstrationen, Ausschreitungen an Hochschulen, Anschläge auf Synagogen und jüdische Einrichtungen, Boykott-Aufrufe gegen israelische Künstler und Waren, Drohungen und tätliche Angriffe gegen Personen oder Schmierereien im öffentlichen Raum.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. Josef Schuster beschreibt die Lage in Deutschland so: „Heute sind es nicht mehr einzelne Stadtviertel in Berlin, in denen man empfehlen würde, keine Kippa zu tragen. Heute ist es ganz Berlin“. Fast die Hälfte der

Gemeinden in Deutschland war im Jahr 2024 von antisemitischen Vorfällen betroffen.

Mangelnde Empathie angesichts antisemitischer Vorfälle und Tatenlosigkeit verbreiten zusätzlich ein Klima der Angst unter den Jüdinnen und Juden in Deutschland. Das hat zur Folge, dass Jüdinnen und Juden sich zurückziehen und jüdisches Leben weniger sichtbar ist.

Aus Deutschlands besonderer Verantwortung heraus muss der Kampf gegen Antisemitismus deshalb auf allen Ebenen umso entschlossener geführt werden. Egal vom wem und woher er kommt. Damit sich Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder sicher fühlen können.

Um die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nachhaltig zu unterstützen und zu schützen, braucht es konkrete Maßnahmen:

- Der kürzlich aufgedeckte Attentatsplan gegen die Israelische Botschaft in Berlin zeigt, wie dringend der Ausbau des Schutzes jüdischer und israelischer Einrichtungen in Deutschland ist.
- Schule, Jugendhilfe und Integrationsmaßnahmen sowie der politischen Bildung kommen bei der Bekämpfung des Antisemitismus eine besondere Bedeutung zu. Dafür ist sicherzustellen, dass das Thema in allen Schulen und Schularten angemessen behandelt und die besondere Verantwortung Deutschlands für Israel und seine Sicherheit vermittelt wird. Wir fordern daher von den Kultus- und Integrationsministerien der Länder, bei der Lehreraus- und Fortbildung, in der Schulbuch- und Lehrplanentwicklung grundsätzlich und konsequent tätig zu werden. Das beinhaltet neben der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und ihren Opfern, der Geschichte des Staates Israel und Besuche von historischen Orten auch Gespräche mit jüdischen Menschen sowie interreligiöse Begegnungen.
- Für Projekte im Kunst- und Kulturbereich, der Jugendarbeit und Demokratieförderung, die mit öffentlichen Geldern gefördert werden, fordern wir die Einführung einer Antisemitismusklausel.

- Wer Terroristen bejubelt, für sie Geld sammelt und zum Völkermord aufruft, muss die gesamte Härte des deutschen Rechtsstaats zu spüren bekommen. Neben der Schließung entsprechender Einrichtungen und dem Verbot von Unterstützerorganisationen dürfen auch Zahlungen an die palästinensischen Gebiete und Organisationen nur über internationale Organisationen gehen, deren Unabhängigkeit unstreitig und sichergestellt ist. Die Hilfen müssen direkt bei der Bevölkerung ankommen, eine missbräuchliche Verwendung der Gelder und eine indirekte Finanzierung von Terrorgruppen muss ausgeschlossen werden.
- Das Pogrom vom 7. Oktober 2023 betraf Frauen in besonderer und brutalster Weise. Wir erwarten eine breite Solidarisierung mit den jüdischen Frauen durch Frauenverbände und -organisationen weltweit.

**Wir werden alles tun, um Hass, Hetze und Antisemitismus zu bekämpfen.
Gemeinsam stehen wir ein für ein demokratisches, weltoffenes und
sicheres Deutschland!**